

Juristische/r Mitarbeiter/in des Geschäftsbereichs Kommunikation im Bundesverwaltungsgericht; (Karenzvertretung, befristet)

Im Bereich des Bundesverwaltungsgerichtes gelangt voraussichtlich eine Ersatzkraftplanstelle der Entlohnungsgruppe v1 (Bewertungsgruppe v1/2 bzw. während der Ausbildungsphase v1/A) mit vollem Beschäftigungsausmaß zur Besetzung. Das Monatsentgelt beträgt bei v1/2 mindestens € 3.250,00 brutto und bei v1/A mindestens € 2.637,90 brutto. Es erhöht sich eventuell auf Basis der gesetzlichen Vorschriften sowie sonstige mit den Besonderheiten des Arbeitsplatzes verbundene Entlohnungsbestandteile. Während der Ausbildungsphase ist das Monatsentgelt niedriger.

Wertigkeit/Einstufung:	v1/2
Dienststelle:	Bundesverwaltungsgericht
Dienstort:	1030 Wien, Erdbergstraße 192-196
Vertragsart:	Befristet
Befristung:	31.05.2019
Beschäftigungsausmaß:	Vollzeit
Beginn der Tätigkeit:	ehestmöglich
Ende der Bewerbungsfrist:	22.11.2018
Monatsentgelt/bezug mindestens:	v1/A mind. € 2.637,90 brutto; v1/2 mind. € 3.250,00 brutto
Referenzcode:	BVwG-18-0780

Aufgaben und Tätigkeiten

Kernaufgaben

1. Beantwortung von (juristischen) Anfragen der Volksanwaltschaft, von Behörden, Gerichten, Ministerien, Privatpersonen, NGOs und internationalen Organisationen (z.B. UNHCR)
2. Inhaltliche Betreuung der Website und des Intranets des BVwG
3. Unterstützung der Pressesprecherin bei der Medienarbeit des BVwG - inhaltliche Vorbereitung von Medienveranstaltungen, Erstellung von Presseunterlagen/-aussendungen bei medial relevanten Verfahren, Erstellung von Argumentationsleitfäden etc.
4. Inhaltliche Vorbereitung von Veranstaltungen des BVwG
5. Inhaltliche Vorbereitung von juristischen Fachvorträgen
6. Inhaltliche Vorbereitung von Berichten wie insbesondere Tätigkeitsberichten und Justizverwaltungsberichten
7. Erstellung von Arbeits- und Informationsunterlagen etc.

Erfordernisse

- österreichische Staatsbürgerschaft oder unbeschränkter Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt
- abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften (Sponsionsbescheid)
- volle Handlungsfähigkeit
- Unbescholtenheit
- erwünscht sind Vorkenntnisse bzw. Zusatzqualifikationen in der Öffentlichkeits- und Medienarbeit
- Kenntnisse in den verfahrens- und organisationsgesetzlichen Bestimmungen des Bundesverwaltungsgerichtes (BVwGG, RStDG, VwGVG) sowie Überblick über die zu vollziehenden Materien des Bundesverwaltungsgerichtes

Weiters werden besondere Kenntnisse bzw. Fähigkeiten vor allem in folgenden Bereichen erwartet:

- hohes Maß an Kommunikationsfähigkeit und präzises Ausdrucksvermögen (in Wort und Schrift) sowie die Fähigkeit, komplexe Sachverhalte auf wesentliche Kernpunkte zusammenzufassen und verständlich darzustellen
- fundierte Kenntnisse und praktische Erfahrungen auf dem Gebiet des Verwaltungsverfahrens
- hohes Maß an Sorgfalt und Genauigkeit
- Einsatz von Innovation und Kreativität
- Selbstmanagement komplexer Arbeitsanforderungen
- Teamfähigkeit, hohe Belastbarkeit und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit komplexen juristischen Herausforderungen
- Englischkenntnisse (Basiswissen)
- Organisationsfähigkeit
- sehr gute EDV-Anwenderkenntnisse

Die Erfüllung dieser Erfordernisse ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

Bewerbungsunterlagen, Verfahren und Sonstiges

Bewerbungsgesuche, in denen die Gründe anzuführen sind, die die Bewerberin/den Bewerber für die Bekleidung der ausgeschriebenen Funktion als geeignet erscheinen lassen, sind per E-MAIL (bewerbung@bvwg.gv.at) oder per Post an das „Bundesverwaltungsgericht Geschäftsbereich Personal“ per Adresse: Bundesverwaltungsgericht Geschäftsbereich Personal 1030 Wien, Erdbergstraße 192-196“, zu richten. Die Bewerbung gilt als fristgerecht, wenn sie bis spätestens 22.11.2018 bei der angeführten Stelle eingelangt ist.

Verspätet einlangende bzw. nicht gehörig belegte Bewerbungen für die zu besetzende Stelle können nicht berücksichtigt werden.

Für allfällige aus dem Bewerbungsverfahren entstehende Kosten wird kein Ersatz geleistet.

Die in der Bewerbung enthaltenen bzw. im Rahmen des Bewerbungsprozesses bekanntgegebenen personenbezogenen Daten werden vom Bundesverwaltungsgericht zur Abwicklung des Bewerbungsprozesses im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und der diese begleitenden nationalen Datenschutzbestimmungen verarbeitet.

